

Von Augustus bis Putin

Wie Kriege enden und Friedenszeiten beginnen

Von **Herfried Münkler**

Wenn man derzeit allenthalben den Eindruck haben muss, dass eine lange Zeit des Friedens zu Ende geht und der zwischenstaatliche Krieg nach Europa zurückgekehrt ist (die jugoslawischen Zerfallskriege der 1990er Jahre waren eher dem Typus des Bürger- als des Staatenkrieges zuzurechnen), ist es naheliegend, darüber nachzudenken, was die Voraussetzungen einer neuen Ära des Friedens sind. Das ist etwas anderes als die Suche nach Möglichkeiten, einen bestimmten Krieg zu beenden. Es ist die Suche nach Strukturen, die tendenziell sicherstellen, dass sich kein politischer Akteur dazu entschließt, einen Krieg zu führen, weil er sich von mit Gewalt erzwungenen Veränderungen Vorteile verspricht, die er sonst nicht erreichen könnte. Denkt man in diesem Horizont über die Beendigung des Ukrainekrieges nach, hätte von Anfang an klar sein müssen, dass das dilettantisch vorbereitete Treffen zwischen den Präsidenten Trump und Putin in Alaska ergebnislos bleiben musste. Bestenfalls wäre ein Waffenstillstand zu erreichen gewesen, den Putin aber von vornherein kategorisch abgelehnt hatte.

Friedenszeiten sind dadurch gekennzeichnet, dass die einem geopolitischen Raum zugehörigen Akteure ein strukturelles Interesse am Frieden haben.^[1] Das heißt nicht, dass es sogleich um den „ewigen Frieden“ geht, in dem es prinzipiell keine Kriege mehr gibt und die Menschheit ins Goldene Zeitalter zurückgekehrt ist. Letzteres sind chiliastische Vorstellungen, die der Geschichtstheologie angehören, aber nicht dem, was man von einer politischen Ordnung erwarten kann. Liest man Kants kleine Schrift „Zum ewigen Frieden“ sorgfältig, so geht es auch in ihr darum, Konstellationen herzustellen, in denen die politischen Akteure nachhaltig am Frieden interessiert sind und sich von der Führung eines Krieges, eines Angriffskrieges zumal, nichts außer Kosten versprechen. Das schließt nicht grundsätzlich aus, dass es zu Kriegen kommt; es sorgt bloß dafür, dass Krieg sehr unwahrscheinlich wird.

Konstellationen dieses Typs sind es, die langen Friedenszeiten zugrunde liegen. Doch diese stehen unter dem Vorbehalt der Endlichkeit, weil sie entweder den sich verändernden Rahmenbedingungen nicht rechtzeitig angepasst werden oder Akteure auftauchen, die an der bestehenden Friedensordnung nicht interessiert sind und an ihr auch nicht interessiert werden können.

Wer über längere Friedenszeiten nachdenkt, sollte es unter diesem Vorbehalt tun. Das versetzt ihn in die Lage, durch die Beschäftigung mit der Vergangenheit Konstellationen zu identifizieren, die in der Geschichte für längere Friedensperioden gesorgt und Kriege politisch wie wirtschaftlich unattraktiv gemacht haben. An die Stelle geschichtstheologischer Spekulationen tritt damit ein Denken, das methodisch komparativ angelegt ist.

Die Rückkehr des Krieges nach Europa

In den zurückliegenden Jahrzehnten galt es als irreversibles Lernergebnis des Zweiten Weltkriegs – oder auch der beiden Weltkriege zwischen 1914 und 1945 –, dass Kriege sich bei einer genaueren Kosten-Nutzen-Analyse selbst für den Sieger nicht lohnten, weil die in ihnen erlittenen Verluste höher waren als die gemachte Beute, dass also die Kosten eines Krieges bei weitem den Ertrag überstiegen. Diese Negativbilanz wurde durch die seit August 1945 drohende nukleare Eskalation von Kriegen noch verstärkt. Die zwingend negative Bilanz eines jeden Krieges wurde als verlässlicher Garant des Friedenswillens der

politischen Akteure angesehen und das umso mehr, je stärker die politische Welt nach 1989/90 von ökonomischen Kategorien dominiert wurde. Wachsender Wohlstand werde dafür sorgen, so die allgemeine Überzeugung, dass auch den heroisch Disponierten die Lust am Krieg vergehen werde. So vertrauten viele darauf, dass strittige Fragen zwischen den Staaten künftig nicht mehr mit kriegerischer Gewalt, sondern vor internationalen Schiedsgerichtshöfen geklärt würden.

Das waren die Grundlagen des achtzigjährigen europäischen Friedens – und genau diese Grundlagen haben sich jetzt als fragil und unzuverlässig erwiesen. Damit ist die Fortdauer dieser Friedensordnung grundsätzlich infrage gestellt, was wiederum bedeutet, dass selbst ein baldiger Friedensschluss oder Waffenstillstand in der Ukraine die Zuversicht in die Stabilität der europäischen Friedensordnung nicht zurückbringen könnte. Im Gegenteil: Ein instabiler Frieden kann sogar neue Kriege zur Folge haben. Daher ist ein Blick in die Geschichte vonnöten, um die diversen Alternativen ins Auge zu fassen, die Hinweise für eine neue Friedensordnung geben können. Fünf Beispiele für das Ende von Kriegsepochen und den Beginn von Friedenszeiten sollen nachfolgend genauer betrachtet werden, wobei auch „Friedenszeiten“ dazu gehören, die nur eine neue Regulation des Krieges waren und keineswegs solche eines langen und verlässlichen Friedens.

Die Beispiele beginnen mit der Beendigung des sich über ein ganzes Jahrhundert hinziehenden römischen Bürgerkriegs durch Octavian, der sich später Augustus nannte; dem folgt der Friedensschluss von Münster und Osnabrück im Jahre 1648 und die darauf begründete „Westfälische Ordnung“; sodann der Wiener Kongress von 1815 und die Neuordnung Europas nach dem Ende der napoleonischen Kriege; daraufhin die Pariser Friedensordnung von 1919 und schließlich die zwischen 1945 bis 1948 entstandene bipolare Weltordnung, deren Zerfall 1989/90 die euphorische Erwartung eines dauerhaften Friedens in globaler Perspektive hervorgebracht hat. In allen fünf Fällen geht es um mehr als die Beendigung eines Krieges, nämlich um die Konstruktion und Durchsetzung einer neuen „Welt“-Ordnung, die unter dem Imperativ stand, dass Frieden der Normalzustand sein sollte.

Der Augusteische Frieden

Das letzte vorchristliche Jahrhundert war im Mittelmeerraum durch eine von kurzen Zwischenphasen des Friedens unterbrochene Abfolge von inner-römischen Machtkämpfen geprägt, in denen die um charismatische Anführer gescharten politischen Parteien gegeneinander Krieg führten. Verarmte Bauern gegen immer reicher werdende Großgrundbesitzer und Großkaufleute; etablierte Angehörige des städtischen Patriziats gegen gesellschaftliche wie politische Emporkömmlinge; von Rom abtrünnige Italiker gegen romtreue Verbündete; aufständische Sklaven mitsamt verbitterten Gladiatoren gegen die Legionen der Republik, Sulla gegen Marius, Caesar gegen Pompeius, Marc Anton gegen Octavian.^[2]

Der innerrömische Bürgerkrieg war verlustreicher und für Stadt und Land verheerender als die römischen Expansionskriege, doch deren Ergebnisse trugen wesentlich zu den Bürgerkriegen bei, denn sie brachten die innere Ordnung Roms aus der Balance. Zur Zeit Octavians stand die zur dominierenden Macht des Mittelmeerraumes aufgestiegene Stadt am Tiber am Rande des politischen Zusammenbruchs, und das galt auch für das Regime des von ihr neu geordneten Raumes. Die überkommene republikanische Ordnung Roms war nicht mehr in der Lage, mit den ihr verfügbaren Mitteln den Frieden im Inneren wiederherzustellen, während gleichzeitig die Expansion der römischen Macht nach außen in großem Stil weiterging. Die Eroberungen an der Peripherie des Großreichs sorgten jedoch nicht länger dafür, dass die Energien der römischen Elite nach außen abgeleitet wurden, wie das lange Zeit der Fall gewesen war, sondern der neue Ruhm und die zusammengeraubten Reichtümer der Heerführer wurden zu Ressourcen, die den Machtkampf im Reich immer wieder neu anfachten.

Währenddessen wurde die Stadt Rom von Kriminellen und Schlägerbanden beherrscht, die sich als Unterstützer der verschiedenen politischen Parteien verstanden. Zu all dem kam noch der strukturelle Gegensatz zwischen dem Westen und dem Osten des Reichs: Während der Westen durch republikanisch-politikpartizipative Ordnungen gekennzeichnet war, waren die Gesellschaften des Ostens durch glanzvolle Monarchien geprägt. Dass das Reich entlang dieser Sollbruchstellen aus konträren Orientierungen zerfallen werde, war die vorherrschende Befürchtung. Octavian war im Unterschied zu früheren Machthabern kein Charismatiker des Schlachtfelds, der vom Ruhm seiner Siege zehrte, sondern ein gewiefter Politiker, der aus dem Scheitern der Vorherigen gelernt hatte: Er begriff, dass sich im Rahmen der überkommenen republikanischen Strukturen Roms die notorische Zwietracht innerhalb der politischen Elite des Reichs nicht beseitigen ließ, dass aber zugleich die Installierung einer Monarchie, mit der sein Adoptivvater Caesar zuletzt gespielt hatte, keine für die römische Gesellschaft akzeptable Option darstellte. Also behielt Octavian die republikanische Ordnung bei und positionierte sich selbst in deren Rückraum als die alles entscheidende Figur eines princeps, eines Ersten oder Vorzüglichsten, der die Ordnung im Gleichgewicht hielt. Die führenden Familien konnten so weiterhin um Ruhm und Ansehen konkurrieren und sich mit reputierlichen Titeln und Positionen schmücken; aber sie konnten diese Reputationskonkurrenz nicht mehr zum offenen Bürgerkrieg eskalieren, weil der Mann im Hintergrund die Zügel der Macht fest in Händen hielt – und weil er die armen Schichten der Stadt, die zuvor die käufliche Masse für die Machtprätendenten gebildet hatten, durch eine strukturelle Verbesserung der Lebensbedingungen in Rom, vom Brotpreis bis zur öffentlichen Unterhaltung, auf seine Seite brachte.

Dabei kamen Octavian die Segnungen des Friedens im Mittelmeerraum zugute: Die Beendigung der Kriege ermöglichte eine deutliche Reduzierung der Legionen, was ihm die Möglichkeit zu umfassenden Steuersenkungen verschaffte. Diese Steuersenkungen kamen vor allem den oberen und mittleren Schichten der Stadt zugute. Die unteren Schichten wiederum profitierten davon, dass mit der Beendigung der innerrömischen Kriege auch die Piraterie im östlichen Mittelmeer zu Ende ging, was die Transportkosten von Nahrungsmitteln, insbesondere von ägyptischem Getreide, in die Hauptstadt des Reichs deutlich verringerte und damit zum Absinken des Brotpreises führte.

Augustus ergänzte die weithin unsichtbare Macht, die er hinter den Kulissen der fortbestehenden republikanischen Institutionen aufgebaut hatte, durch den sichtbaren kulturellen Glanz der neuen Zeit, die mit ihm angebrochen sei. Dazu bediente er sich kultureller bzw. ideologischer Macht, als deren Sponsor und Organisator ein ihm nahestehender Politiker mit Namen Maecenas fungierte. In dem Kreis, den er um sich scharte, waren eine Reihe von Dichtern und Intellektuellen versammelt, die die augusteische Ära als Wiederkehr des „Goldenen Zeitalters“ feierten. Indem sie ganz bewusst diesen griechischen Geschichtsmythos – eine Analogie der biblischen Vorstellung vom Paradies – aufgriffen, prägten sie einen Erwartungshorizont, in dem der Frieden sich mit Wohlstand und Sorglosigkeit paarte. Sie sorgten damit nicht nur für das augusteische Image des „Friedensfürsten“, sondern entzogen auch allen seinen Gegnern die Legitimität der alten Ordnung, die als eine des „Eisernen Zeitalters“, also des Streits und der Gewalt, stigmatisiert wurde. Auf diese Weise wirkten die Machtsorten des Politischen, Ökonomischen und Kulturellen zusammen und stellten sicher, dass die vierte Machtsorte, die des Militärischen, die in der Römischen Republik an erster Stelle gestanden hatte, in den Hintergrund trat. Das Prinzipat des Augustus war für lange Zeit stabil und überstand auch die Weitergabe an die Nachfolger des Princeps. Diese Art des Eintritts in eine anhaltende Friedensperiode hat immer wieder Nachfolger und Nachahmer gefunden – selten freilich mit den durchschlagenden Effekten der augusteischen Ära.

Offensichtlich hängt auch Donald Trump der Vorstellung an, er könne in ähnlicher Weise in die Geschichte eingehen, weswegen er seine Inauguration als Wiederkehr des Goldenen Zeitalters inszenierte und bereits in deren Vorfeld davon sprach, er werde den Ukraine- und

den Gazakrieg am ersten Tag seiner Präsidentschaft beenden. Das ist ihm offensichtlich nicht gelungen; stattdessen hat er die Ukraine in eine politisch wie militärisch schwierige Position gebracht. Der US-Präsident hat sich dabei als ein Kapitulierer mit Beuteinstinkt (in Form des Rohstoffabkommens) erwiesen, und auch mit Blick auf den Gazastreifen ist ihm nicht viel mehr eingefallen als die Umsiedlung der Palästinenser zwecks Schaffung eines mondänen Urlaubsgebiets für reiche Amerikaner und Araber.

Gibt es dahinter bei Trump eine Leitidee? Wohl kaum, allenfalls die, dass die US-Bürger ihre Bindung an die Ordnung der Republik aufgeben und sich einem politischen System unter der Ägide der Trump-Familie anvertrauen, weil sie davon Frieden und Wohlstand erwarten. Eine augusteische Ära mit ihrer Aufwertung der soft power, also des Zivilen und Kulturellen, würde dagegen auch die Expansionsdynamik Russlands dämpfen, was die Voraussetzung für eine Befriedung des Raums um das Schwarze Meer wäre. Doch genau mit einer solchen Entmilitarisierung ist in Russland, jedenfalls unter Putin, nicht zu rechnen.^[3]

1648: Der Frieden von Münster und die Westfälische Ordnung

Der augusteische Frieden war allerdings kein vollständiger Frieden, sondern beschränkte sich im Wesentlichen auf den Binnenraum des Römischen Imperiums, während an dessen Außengrenzen – oder besser: in dessen Grenzräumen – der Krieg weiterging, wobei römische Niederlagen ausgeblendet wurden.^[4] Das war möglich, weil Rom inzwischen einen enormen Sättigungsgrad erreicht hatte – ganz im Gegensatz zum heutigen Russland. Es gab und galt keine große Beute mehr zu machen, weswegen es von nun an um die Konsolidierung des Reichs ging. Obendrein bedurfte Augustus der Eroberungen als Ressource seines politischen Rückhalts nicht, und die Dynamik des republikanischen Wettstreits der Eroberer war durch die neuen politischen Konstellationen in Rom stillgestellt.

Das war im Dreißigjährigen Krieg völlig anders. Dieser wurde insofern wesentlich innerhalb des Reichs ausgetragen, als in ihm innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Kriege, Kriege um die Hegemonie in Europa und Kriege um die verfassungspolitische Ordnung bestimmter Territorien des Reichs, zusammenflossen.^[5] Aus allen Teilen Europas strömten Soldaten, mitunter auch ganze Armeen ins Reich, um hier für diverse Ziele zu kämpfen, wobei sie das Land ausplünderten und verwüsteten. So wurde der Dreißigjährige Krieg zum Inbegriff eines „außer Rand und Band“ geratenen Krieges. Dazu trugen neben der unmittelbaren Kriegsgewalt nicht zuletzt die Seuchen bei, die im Gefolge der durchziehenden Heere sowie der Flüchtlingstrecks ganze Landstriche entvölkerten.

Mehrere Friedensschlüsse scheiterten, weil sie nicht alle relevanten Kriegsgründe erfassten und die Parteien befriedeten, sodass der Krieg nach kurzer Zeit wieder aufflammte. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die Söldner, mit denen der Krieg geführt wurde, im buchstäblichen Sinn vom Krieg lebten und den Frieden ablehnten, weil er für sie den Verlust ihres Einkommens und damit Armut und Elend bedeutete. Es gab so gut wie keine Partei, die für den Frieden oder am Frieden arbeitete. Der Krieg war der Politik entglitten. Insofern war es das wesentliche Ziel eines jeden Friedensschlusses, ihn wieder unter die Kontrolle der Politik zu bringen, ihn also in die Instrumentalität des Politischen zurückzuführen. Ein verlässlicher Frieden war nur möglich durch die Herstellung eines neuen Regimes von Krieg und Frieden.

Nicht zuletzt darüber wurde in Münster und Osnabrück über vier Jahre verhandelt – Jahre, in denen der Krieg in unverminderter Härte und Brutalität weiterging. Der Raum um Münster und Osnabrück war zwar entmilitarisiert, aber sonst war im Reich weder von Frieden noch von den Verhandlungen etwas zu spüren. So entstand eine wechselseitige Korrespondenz zwischen Verhandlungsraum und Schlachtfeld, bei der sich mit den Siegen oder Niederlagen der verhandelnden Parteien auch deren politisches Gewicht in Münster veränderte. Daran zeigt sich, dass Verhandeln und Kämpfen sich keineswegs ausschließen, wie in jüngster Zeit einige gemeint haben, als sie erklärten, wer verhandele, schieße nicht. Die Verhandlungen

über eine Beendigung des Krieges wurden, so lässt sich Clausewitz' Diktum variieren, zu einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und die Eskalation der Gewalt wurde zu einem Mittel, das auf die Verhandlungen einwirken sollte. Das war im 20. Jahrhundert bei den Pariser Friedensverhandlungen zur Beendigung des Vietnamkriegs ganz ähnlich, und lässt sich derzeit sowohl am Ukraine- als auch am Gazakrieg beobachten.

Die zentrale Herausforderung für die in Münster und Osnabrück Verhandelnden kam der Quadratur des Kreises gleich, bestand sie doch darin, alle vier Dimensionen des Krieges gleichermaßen zu bearbeiten. Denn dieser Krieg war erstens ein Religionskrieg, in dem vor allem Reformierte gegen radikale Katholiken unter jesuitischer Führung standen; er war zweitens ein Verfassungskrieg, in dem die alte ständische Ordnung mit der starken Stellung des Adels und der Städte gegen eine juridisch vereinheitlichte, bürokratisch kontrollierte und auf den Landesherrn als obersten Herrscher ausgerichtete Herrschaft verteidigt werden sollte; es war drittens ein europäischer Hegemonialkrieg, in dem es darum ging, ob das Haus Habsburg mit seinen beiden Zentren in Madrid und Wien die politische Oberhoheit über die diversen Herrschaftsbereiche nicht nur im Reich, sondern auch in West- und Südeuropa haben würde, oder ob eine Reihe von Herrschern als souverän anerkannt würden; und es war schließlich viertens auch ein Staatenkrieg, in dem es um die Verschiebung von Grenzen und die Einverleibung wirtschaftlich attraktiver Territorien ging. Erst als es gelang, alle beteiligten Interessen in den Friedensvertrag einzubinden, und auch die Hardliner bei den Verhandlungen sich infolge von Niederlagen auf den Schlachtfeldern zum Einlenken genötigt sahen, konnten die Vereinbarungen von Münster und Osnabrück unterschrieben werden.

Krieg zu führen bedeutet gesteigerten Ressourcenverbrauch

Hier zeigt sich ein bis heute entscheidendes Grundprinzip: Krieg zu führen ist gesteigerter Ressourcenverbrauch, und das führt dazu, dass die Partner nach einiger Zeit erschöpft sind und der Wunsch nach Frieden den Willen zum Krieg zurückdrängt. Der Dreißigjährige Krieg war von seinem Beginn an ein unterfinanzierter Krieg, was zur Folge hatte, dass die Heere zur Plünderung neigten oder gar auf Plünderung angewiesen waren. Der Krieg muss den Krieg ernähren („bellum se ipse alet“), lautete die Devise. Je umfassender sich dabei die Praxis des Plünderns durchsetzte, desto mehr wurde den Politikern klar, dass sie ein neues Regime der Kriegführungsfähigkeit entwickeln mussten, das an die Stelle der eilends angeworbenen, unter der Führung von Kriegsunternehmern („Condottieri“) stehenden räuberischen Heere treten sollte, um diese wieder in ein verlässliches Instrument der Politik zu verwandeln. Die Alternative zum Plündern, auf die auch Wallenstein setzte, war aber vor allem die systematische Abschöpfung des Mehrprodukts in Form von Besteuerung.

Der Westfälische Friede war darum von Anfang an mehr als ein Friedensschluss; er begründete eine neue Ordnung von Krieg und Frieden. Diese Westfälische Ordnung war jedoch wiederum keine eines dauerhaften Friedens, sondern eine des regulierten Krieges, der auf Schlachtfeldern und vor allem dort zwischen stehenden Heeren ausgetragen wurde, die einer strengen Disziplin unterlagen. Das Rechtskonstrukt der Souveränität attestierte den souveränen Herrschern in Europa das uneingeschränkte Recht der Kriegserklärung – aber eben nur ihnen. Die neue Ordnung trieb zugleich die Entstehung des Steuerstaates voran, was eine Voraussetzung der regulierten Kriegführung und ein wichtiger Schritt bei der Verwandlung von differenzierter Herrschaft in Staatlichkeit war. Der Religionskonflikt wurde durch den Einbezug der Reformierten in die Friedensformel entschärft. In Europa endete 1648 obendrein die Hegemonie des Hauses Habsburg, und an ihre Stelle trat eine Pentarchie der großen Staaten – Schweden, England, Frankreich, Spanien und der Habsburgermonarchie –, mit der eine mechanisch ausbalancierte Ordnung zwischen den Staaten entstand. Die Westfälische Ordnung war somit keine Friedensära, beileibe nicht, aber eine der rechtlich wie organisatorisch gefesselten Bellona. Nach einem außer Rand und Band geratenen Krieg kam das vielen bereits wie eine neue Friedensepoche vor.

Überträgt man diese Ordnungsvorstellung in die Gegenwart, hätte der Verzicht auf Bomben- und Raketenangriffe gegen zivile Ziele in der Ukraine und im Gazastreifen (und zuvor bereits in Israel) vermutlich ganz ähnliche Effekte, nämlich die einer ungeheuren Erleichterung in der Bevölkerung angesichts des aktuellen Terrors – ohne dass dies bereits einem wirklichen Frieden gleichkäme.

1815: Die Wiedererrichtung der europäischen Pentarchie

Die Französische Revolution und die daran anschließenden Revolutionskriege führten zu einer erneuten Entfesselung der Kriegsgöttin, weil nunmehr, wie Clausewitz die Veränderungen zusammengefasst hat, anstelle eines stehenden Heeres und eines begrenzten Kriegsschatzes das Volk mit seinem ganzen Gewicht in die Waagschale des Krieges trat. Vorbei waren die Zeiten eines lange exerzierten Heeres, das sich nicht so schnell ersetzen ließ, wenn es in einer Schlacht aufgerieben worden war, wie auch die zeitliche Begrenzung des Krieges durch die Aufzehrung des angesparten Kriegsschatzes. Denn nun konnten die Truppen ständig neu ausgehoben werden und mussten infolge veränderter Gefechtsformationen auch nicht lange exerziert werden – weil der entstehende Nationalstaat sehr viel größere Ressourcen mobilisieren konnte als das Ancien Regime und weil infolge des nationalen Überschwangs auch die Desertionszahlen zurückgingen.

In der Summe hieß das: Die Heere wurden größer und der Krieg wurde relativ billiger. Also wurde Krieg zu führen attraktiver. An die Stelle des vorsichtigen Operierens mit kleinen Truppenkörpern traten weit ausgreifende strategische Bewegungen. Der Krieg erfasste den gesamten Kontinent und erschloss damit ständig zusätzliche Ressourcen zu seiner Weiterführung. Napoleon, der „Genius des Krieges“, wie Clausewitz ihn genannt hat, systematisierte und perfektionierte die von der Revolution erschlossenen Möglichkeiten und revolutionierte die Machtverhältnisse und politischen Strukturen auf dem Kontinent.

Darüber zerbrach die geopolitische Ordnung der Pentarchie, und an deren Stelle trat die Idee einer dominanten Mitte mit zwei Flügelmächten:^[6] Auf der einen Seite England, die große Seemacht, gegen deren maritime Dominanz Napoleon nicht ankam, und auf der anderen Seite Russland, die große Landmacht, der gegenüber Napoleon zunächst vorsichtig agierte, bis er sich 1812 zum Angriff auf Russland entschloss, bei dem er militärisch scheiterte. Aber die Sandwichposition, die seit Napoleons Projekt, Europa mit Frankreich als imperialem Zentrum neu zu ordnen, auf die politische Agenda gesetzt war, blieb im 19. und 20. Jahrhundert eine durchgängige Alternative zur Ordnung der Pentarchie, der Vorherrschaft von fünf Mächten. Dieses Mitte-Flügel-Modell war von Napoleon über Wilhelm II. bis zu Hitler die Ursache von Weltkriegen, in denen geopolitische Ordnungen zerbrachen.

Wie die Französische Revolution eine Entgrenzung des Krieges bewirkt hatte, setzten auch die Gegner der napoleonischen Imperiumsbildung auf eine Entgrenzung des Krieges, um den napoleonischen Armeen Paroli zu bieten. Vor allem in Spanien, zeitweilig auch in Tirol sowie in Russland entwickelte sich, den Großen Krieg der regulären Armeen begleitend, eine neue Strategie des Kleinen Krieges, die Guerilla bzw. der Partisanenkrieg. Diese Form des Krieges hatte eine intensivierte Grausamkeit zur Folge und löste die in der Westfälischen Ordnung errichtete Trennung von Kombattanten und Nonkombattanten, Militär und Zivilpersonen, auf. Die Repressionen der Regulären gegen die Zivilbevölkerung, die demonstrative Rache für Hinterhalte und Überfälle, ließ das Kriegsgeschehen in die Nähe des Dreißigjährigen Krieges geraten.

Guerilla – die Strategie des Kleinen Krieges

Diese Art der Kriegführung blieb am Anfang des 19. Jahrhunderts freilich auf die geografischen Ränder Europas begrenzt. Auch zuvor hatte es den Kleinen Krieg bereits gegeben, als Kriegführung mit leichten Truppen (Jägereinheiten, Husaren, Kroaten, Kosaken), die zur Aufklärung und Flankensicherung der regulären Einheiten eingesetzt

wurden und gegen den Tross des Gegners operierten. Zu einer eigenständigen Form des Krieges wurde die Guerilla aber erst in den napoleonischen Kriegen, und seitdem ist sie in antiimperialen beziehungsweise antikolonialen Kriegen weiterentwickelt worden. Das 20. Jahrhundert wurde so zum Jahrhundert der Partisanenkriege, die sehr viel leichter zu entfachen und über lange Zeit zu führen sind als reguläre Kriege.

In den Wiener Friedensverhandlungen von 1814/15 ging es darum, die auf Frankreich zentrierte Ordnung Europas mit den Rheinbund-Staaten und den von Napoleons Gunst abhängigen Königreichen Württemberg, Bayern und Sachsen als Vasallenstaaten in eine neue Balance zu bringen, bei der die vormaligen Flügelmächte Großbritannien und Russland in die europäische Pentarchie einbezogen waren. Das vom imperialen Thron gestoßene Frankreich wurde als eine der fünf Vormächte in die europäische Ordnung integriert, Österreich und Preußen wurden als die Mitte Europas dominierende Mächte wiederhergestellt, wobei die Teilung Polens und die österreichische Herrschaft über Nord- und Oberitalien erneuert wurde.

Die neue Ordnung des Wiener Kongresses war nicht nach nationalen Zusammengehörigkeitsvorstellungen, sondern nach den Imperativen einer fragilen machtpolitischen Balance strukturiert, was zur Folge hatte, dass sich die Mitte des geopolitischen Raums in einer Reihe von Kriegen neu ordnete: Es entstanden ein von Preußen dominierter deutscher Nationalstaat sowie ein geeintes Italien. Doch die Kriege, in denen diese Veränderungen erkämpft wurden, waren kurz und wurden in wenigen Schlachten entschieden, in denen die Grundprinzipien der Ordnung nicht infrage gestellt wurden. Es waren dies Kriege des professionellen Militärs, in denen die breiten Massen des Volkes nicht mobilisiert wurden, Kriege, die in der Hand der politischen Führung verblieben und dementsprechend in Friedensverhandlungen zügig beendet werden konnten.^[7] Trotz seiner Teilung in eine liberale (Großbritannien und Frankreich) und eine konservative Hälfte (Russland, Preußen, Österreich) war die Ordnung des Wiener Kongresses auf die Konservierung des Bestehenden ausgelegt, was ihr infolge ihrer strukturellen Flexibilität auch gelang. Das Grundmuster einer Pentarchie blieb so, wenn auch unter Schwierigkeiten, bis 1914 erhalten.

1918/1919: Die abermalige Neuordnung Europas

Mit der Reichseinigung von 1871 war Deutschland zu der die Mitte Europas dominierenden Macht geworden. Zunächst stellte dies die Machtverhältnisse jedoch nicht grundlegend infrage, weil Frankreich und Großbritannien durch Erwerb oder Eroberung überseeischer Kolonien zusätzliche Machtressourcen gewannen und Russland sich im Kaukasus und Zentralasien weiter ausdehnte. Diese Kolonialkriege hatten mitunter den Charakter von Vernichtungskriegen, was indes auf die außereuropäischen Räume beschränkt blieb und nicht auf Europa übergriff. Demgemäß blieb auch das in der Haager Landkriegsordnung kodifizierte Kriegsrecht auf Europa begrenzt und sparte die außereuropäischen Kriege von seinem Geltungsbereich aus. Die Begrenzung der Kriegsgewalt blieb wiederum auf Europa beschränkt, und die Balance, an der alle großen europäischen Akteure interessiert waren, sorgte dafür, dass das vorerst so blieb.

Dennoch hatte diese Ordnung von Krieg und Frieden zwei Schwachpunkte: die Gewichtsverschiebung zur dominanten Mitte des Deutschen Reichs und die strukturelle Unordnung auf dem Balkan, wo sich drei Großreiche überlappten und nationalrevolutionäre Bewegungen mitsamt importierten Königsfamilien das in ihrem machtpolitischen Interesse zu nutzen suchten. Bis heute ist umstritten, worin die eigentliche Ursache für den Zusammenbruch der Balance-Ordnung und den Beginn des Ersten Weltkriegs zu suchen ist: im deutschen Drang nach Weltmachtgeltung oder in den politischen Wirren auf dem Balkan, wo dem Kriegausbruch von 1914 zwei Balkankriege vorangingen.^[8] Nachdem die Strategie einer schnellen Niederwerfung des Gegners bei allen kriegführenden Parteien (nur die Briten hatten keine derartigen Planungen) gescheitert war, entwickelte sich ein Ermattungs- und

Erschöpfungskrieg, dessen Beendigung auf die Installierung einer gänzlich anderen Ordnung hinauslaufen musste. Je klarer das wurde, desto schwieriger war es, den Krieg in einem Verhandlungsfrieden zu beenden. Dieses Dilemma der Kriegsbeendigung taucht regelmäßig dann auf, wenn Kriege lange dauern und die beteiligten Staaten in ihrem Innern erschüttern.

Die 1919/20 ausgehandelte Pariser Friedensordnung ist durch einen tiefen Zwiespalt gekennzeichnet, der aus dem Zusammentreffen der normativen Friedensideen von US-Präsident Woodrow Wilson mit den französischen Sicherheitsinteressen und den gegen Deutschland gerichteten Revisionsbestrebungen erwuchs.^[9] Beides war nicht miteinander kompatibel, was zu einer Reihe von Widersprüchen führte, in deren Folge die politische Neuordnung Europas (und der Welt) als inkonsequent und revisionsoffen wahrgenommen wurde. Zur Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und der territorialen Verkleinerung des Deutschen Reichs kam als drittes strukturgebendes Element der Pariser Friedensordnung die Schaffung eines Cordon sanitaire von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer hinzu, der sowohl als potenziell zweite Front gegen Deutschland als auch als trennender Raum zwischen Deutschland und Sowjetrußland dienen sollte. Seine Hauptaufgabe war die Einschließung des als revisionistisch eingeschätzten Deutschlands, aber auch die Distanzsicherung Sowjetrußlands gegenüber diesem Deutschland, die beide als die Unruheaktoren der Ordnung angesehen wurden.

Die 1920er Jahre und die Rückkehr des Krieges

Die Instabilität der Pariser Friedensordnung zeigte sich bereits zu Beginn der 1920er Jahre, als es im Osten und Südosten Europas zu einer Reihe von Kriegen kam: mehreren Kriegen zwischen Polen und Sowjetrußland, in denen es um die Grenzziehung zwischen beiden ging, einem Krieg zwischen Ungarn und Rumänien um die Zugehörigkeit Siebenbürgens sowie einem zwischen Griechenland und der Türkei. Zu erwähnen ist auch das Scheitern der im Vertrag von Sèvres vorgesehenen Eigenstaatlichkeit der kurdischen Siedlungsgebiete, nachdem Kemal Atatürk (Mustafa Kemal) sich geweigert hatte, diese den Kurden zuzugestehen und keine der Siegermächte bereit war, den Kurdenstaat mit militärischen Mitteln zu installieren. Im neuen Vertrag mit der Türkei von Lausanne aus dem Jahre 1923 war von ihm nicht mehr die Rede – ein bis heute virulentes Problem.

Damit war klar, dass die Pariser Friedensordnung für jene revisionsoffen war, die entschlossen auftraten und über entsprechende militärische Fähigkeiten verfügten. Ab 1938 hat Hitler das in großem Stil genutzt: Es begann mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Frühjahr 1938, wurde fortgesetzt mit der Besetzung des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetengebiets im Herbst 1938 und führte im Frühjahr 1939 zur Zerschlagung der „Rest-Tschechei“. Im August 1939 leistete Warschau Widerstand gegen Hitlers Forderung nach Abtretung des „Korridors“ an das Deutsche Reich, woraufhin mit Deutschlands Überfall auf Polen am 1. September der Zweite Weltkrieg begann, im militärischen Zusammenspiel Hitlers mit Stalin. Der Cordon sanitaire war damit zertrümmert, womit klar war, dass eine Wiederherstellung der Pariser Friedensordnung nach dem Krieg nicht möglich sein würde. Abermals musste der Krieg auf eine grundlegende Neuordnung Europas hinauslaufen – eine Neuordnung, die dieses Mal sehr viel grundstürzender ausfallen würde als die nach dem Ersten Weltkrieg.

1945 ff. / 1989 ff.: Die Teilung Europas und deren Ende

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der militärischen Zerschlagung von Nazideutschland kam es zu keinem Friedensvertrag und dementsprechend auch zu keiner europäischen Friedensordnung. Stattdessen wurde Europa in Einflusszonen aufgeteilt, die in Jalta und Potsdam zwischen den „großen Drei“ – Stalin, Roosevelt und Churchill – ausgehandelt wurden. Dabei konnte Stalin seine geopolitischen Interessen auch deshalb durchsetzen, weil die westlichen Demokratien ihre Verhandlungsführer ausgetauscht hatten, während Stalin unangefochtener dastand denn zuvor, als er noch auf westliche

Unterstützung angewiesen war. Geopolitisch betrachtet war Potsdam somit – auch – ein Sieg der Autokratie über die Demokratie, was auch damit zusammenhing, dass Letztere im Krieg sehr viel geringere Opfer gebracht hatten als die Sowjetunion. Was dabei in den Hintergrund rückte, war der Umstand, dass Stalin mit Hitler bei Kriegsbeginn gemeinsam Polen überfallen und Nazideutschland bis zum Sommer 1941 mit Rohstoff- und Erdöllieferungen unterstützt hatte.

Aber die Sowjetunion hatte ein Problem mit der Potsdamer Nachkriegsordnung, denn infolge ihrer Westausdehnung laborierte sie daran, was in der Imperientheorie als imperial overstretch bezeichnet wird: einer Überdehnung des imperialen Raums, die zur strukturellen Überforderung des Zentrums führt. Stalin hatte Länder in seinen Einflussbereich gebracht, in denen es immer wieder zu Widerstand gegen die von der UdSSR auferlegte Ordnung kam: in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und schließlich auch in Polen 1980. Um die dortige Unzufriedenheit in Grenzen zu halten, sah sich Moskau genötigt, diese Länder mit billigen Rohstoffen und Energielieferungen zu versorgen, was mit der Zeit die Sowjetunion an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit brachte und eine der Ursachen für den wirtschaftlichen Kollaps des Sowjetimperiums war, neben den immensen Kosten des Wettrüstens mit dem Westen. Tatsächlich war die UdSSR ab den 1960er Jahren nur noch die Karikatur eines Imperiums, insofern das Wohlstandsniveau an den europäischen Rändern durchweg höher lag als im imperialen Zentrum. 1989 ff. kam es schließlich zur politischen Neuordnung Europas auf der Grundlage demokratischer Selbstbestimmung.

Diese Ordnung will der russische Präsident Putin seit geraumer Zeit verändern, wobei er sich an den äußeren Umrissen und der inneren Struktur des Zarenreichs orientiert, dessen Eroberungen im 18. und 19. Jahrhundert als Legitimation der Revisionspolitik geltend gemacht werden. Das ist ein für den Frieden in Europa ein brandgefährliches Vorhaben, denn wenn sich auch andere europäische Staaten an diesem Vorbild orientieren, würde der ganze Kontinent in eine Ära der Kriege zurückfallen.

Die Struktur der europäischen Ordnung entscheidet sich daran, ob die Grenzen von 1945 und 1991/92 Bestand haben oder ob an früheren Grenzen und Einflussräumen orientierte Vorstellungen Platz greifen. Die Risiken einer daraus resultierenden umfassenden Revisionspolitik sind in Ostmittel- und Südosteuropa erheblich größer als in West- und Südeuropa sowie in Skandinavien. Insofern ist zurzeit der westliche Teil des Kontinents der am Frieden orientierte Stabilitätsanker der bestehenden Ordnung, während der östliche Teil Europas Gefahr läuft, zum Ausgangspunkt einer Abfolge von Kriegen zu werden, die auf eine machtpolitische Neuordnung des gesamten Raumes hinauslaufen dürften.

Was folgt aus alledem für die aktuelle Lage?

Es kommt entscheidend darauf an, zwischen jenen Kriegen zu unterscheiden, die sich im Rahmen einer bestehenden geopolitischen Ordnung beenden lassen, weil sie deren Strukturprinzipien nicht infrage stellen, und solchen, die auf die Durchsetzung einer grundlegend anderen Ordnung hinauslaufen, weil es in ihnen nicht nur um Grenzverschiebungen, sondern um die Installierung einer neuen, gegenüber dem Bestehenden fundamental alternativen Ordnungsidee geht. Letzteres betrifft dann nicht nur die Grenzen, um deren Veränderung aktuell gekämpft wird, sondern tendenziell alle Grenzen innerhalb eines geopolitischen Raums, weil andere Prinzipien von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit, Abhängigkeit und Unabhängigkeit in Kraft gesetzt werden sollen.

Zweifellos hat der von Putin begonnene Krieg diese Dimension einer Neuordnung des Kontinents. Konkret auf den Ukrainekrieg bezogen, könnte daraus folgen: Je geringer die russischen Geländegewinne sind, desto eher wird der Krieg im Rahmen der bestehenden europäischen Ordnung zu beenden sein – und umgekehrt könnte gelten: Je größer und nachhaltiger die russischen Gewinne an Territorium sind, bis hin zur gewaltsamen Beendigung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit, desto größer wird das Erfordernis sein, die

europäische Friedensordnung neu zu „erfinden“, von den Prinzipien, die ihr zugrunde liegen, bis zu den konkreten Grenzen, die daraus erwachsen. Das ist die eigentliche historische Dimension der gegenwärtigen Auseinandersetzung, jenseits der tagesaktuellen Scharmützel. Das jüngste Treffen Trumps mit Putin in Alaska war deshalb vor allem eines – ein unverantwortliches Spiel des US-Präsidenten mit der Wiederherstellung einer stabilen Friedensordnung in Europa.

Der Essay ist die ausgearbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags, den der Autor am 8. Mai im Bielefelder Rathaus anlässlich des 80. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs gehalten hat.

[1] Das strukturelle Friedensinteresse unterscheidet die hier angestellten Überlegungen von denen Jörn Leonhard in seinem Buch „Über Kriege und wie man sie beendet“, München 2023.

[2] Zugleich waren diese Kontrahenten aber auch immer wieder in strategischen Allianzen vereint, sodass die Bürger Roms oft nicht wussten, wer gerade mit wem verfeindet oder verbündet war. Für eine gut lesbare Darstellung dieser Zeit vgl. Tom Holland, Rubikon, Stuttgart 2015.

[3] Sehr viel anschlussfähiger wäre die „augusteische Lösung“ dagegen für Bürgerkriege, wie die in Libyen, im Sudan oder im Osten Kongos. Aus ihr könnten Anführer speziell im innergesellschaftlichen Krieg einiges lernen, um in ihren Ländern eine stabile Ordnung des Friedens zu etablieren.

[4] Allerdings ging die Ära der großen Eroberungen unter Augustus zu Ende. Einer der regional begrenzten Kriegszüge war der Vorstoß des Varus in den germanischen Raum, der in der vernichtenden Niederlage der Römer im Teutoburger Wald gipfelte.

[5] Die These von den vier Dimensionen des Dreißigjährigen Krieges, die den Krieg immer wieder aufflammen ließen, habe ich eingehend im Buch Der Dreißigjährige Krieg, Berlin 2017, entwickelt.

[6] Für eine ausführliche Analyse dessen vgl. mein Buch „Macht im Umbruch“, Berlin 2025, S. 169-200.

[7] Der langwierigste Krieg des 19. Jahrhunderts, der Krimkrieg von 1853 bis 1856, fand am Rande Europas statt und diente dazu, ein weiteres Vordringen Russlands nach Süden und die drohende Zerschlagung des Osmanischen Reichs zu verhindern.

[8] Christopher Clark hat mit seinem 2012 erschienenen Buch „Die Schlafwandler“ diese Debatte neu entfacht, nachdem zuvor Fritz Fischer in „Griff nach der Weltmacht“ (1962) Deutschland als den Hauptverantwortlichen des Krieges ausgemacht hatte.

[9] Zu den Friedensverhandlungen vgl. Margot McMillan, Die Friedensmacher, Berlin 2015, sowie Leonhard, Der überforderte Frieden, München 2018.